

Die Zeitung

10 Pfennig

Gegründet



1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: L. v. Julius Eibow.
Verantwortl. d. ges. Inh.: (Hans Hande) L. v. F. W. von Ostrowski.
Berlin: Für Rücksend. unversch. Manusk. ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Printerei: Zentral-Druckerei, Am Dönhofsplatz 7, 10000-Berlin.
Für die Fernverkäufe: Am Dönhofsplatz 26/26B, Telegrafendruckerei, Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 580.

Ruhe vor dem Reichstagssturm

Gespannte Erwartung

Schon um die Mittagsstunden begegnet man auf der Fahrt zum Reichstagsgebäude in der Wilhelmstraße Doppelpolosten der Schutzpolizei mit ungeheurer Revolverkraft, und beim Brandenburger Tor großen Autobussen mit Abteilungen der Schutzpolizei, die dort in Reiere gehalten wird. Vor dem Ballhaus selbst ein großes Aufgebot der Linienwagen, die dem Abzug der Reueigenen wehren. Noch ist keine völlige Abriegelung durchgeführt, nicht nur die Fußgängerstraßen festgehalten und die meisten jungen Menschen, die wenigstens noch außen Zeuge der Eröffnungssitzung des Reichstags vor deutschen Republik sein wollen, dürfen in einem großen Saal und in vielen Nebenräumen das Städt des Zigarretensammlers, das dem Portal 2 gegenüberliegt. Meist sind es Enttäufte, die sich schon um 6 Uhr morgens vergeblich angeht haben, um eine Eintrittskarte zu erlangen, und erfahren mussten, daß diese Karten schon seit vielen Tagen vergriffen sind. Es ist mehr Reueigenen als dem Spektakel, das man von den Nationalsozialisten und den Kommunisten erwartet, die diese Kaufende hierher geführt hat, und weniger politisches Interesse oder das starke innen Gefühl über, wieviel davon abhängt, daß dieser förmliche aller deutschen Reichstags versammlungsmäßig funktioniert. Orangen in den Säulen und Säulen des Ballhauses herrscht schon mehrere Stunden vor dem offiziellen Beginn der Sitzung, der auf 3 Uhr anberaumt ist, lebhaft Bewegung. Von dem Gottesdiensten her, die im Saal und in der Nebensitzung stattgefunden haben, kommen die meisten Abgeordneten in feierlichem Schwarz zu den Sitzungen der Fraktionen, die zum großen Teil schon vor dem Plenum stattfinden.

Die Tafel am Haupteingang zum Sitzungssaal ist mit den Anlagen der Fraktionen voll besetzt. Nur eine Partei hat eine Ausnahme gemacht: die Nationalsozialisten, deren Fraktion nichts zu erwidern, nichts zu befehlen, sondern nur auszuführen hat, was vom Minderheit Hauptquartier befehligt wird.

Auch der Reichstagsrat ist unter dem Vorsitz des Präsidenten E. B. veranlagt, um den Arbeitsplan festzulegen. Hier leisten sich die Vertreter der Nationalsozialisten die erste Demonstration. Die Kommunisten haben zum größten Teil darauf verzichtet, in der Uniform des Reichstagsparlamentarismus zu erscheinen. Aber die ersten Nationalsozialisten, die man im Hause sieht, der thüringische Staatsminister Dr. Fried und der Wbg. Götz, kommen in nagelneuen Braunkleiden mit schwarzer Kravatte, in denen als Glorbe das Hofkreuz steht.

Der Reichstagsrat ist vereinbart worden, in der heutigen Sitzung unter Leitung des Alterspräsidenten Herrsch von Zentrum nur den üblichen Namen zu ratifizieren und dann am Willen des Reichstags zu vernehmen und die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Am Donnerstag soll der Antrag der Regierungserklärung abgeben. Die folgenden Tage sind für die politische Aussprache vorgesehen. Darüber hinaus ist noch keine Disposition getroffen worden.

Um das Präsidium

Zunächst interessiert die Präsidentenwahl. Es ist in der „Geistlichen Zeitung“ bereits am Sonntag darauf aufmerksam gemacht worden, daß mehrere bürgerlichen Parteien von dem in den frühesten Reichstagen geübten Prinzip ablassen wollen. Die Präsidenten der härtesten Fraktion zu ernennen, die auch diesmal die sozialdemokratische ist. Es wird eine politische Präsidentenwahl werden. Die Nationalsozialisten haben mitteilen sollen, daß sie bereit wären, mit den bürgerlichen Parteien für Dr. Scholz zu stimmen, und diese Kandidatur hat nicht nur bei den Deutschpartei und bei dem Landvolk, sondern auch bei der Reichstagspartei und bei einem großen Teil der Deutschen Volkspartei gefunden, während die Abgeordneten der Staatspartei der Bayerischen Volkspartei, vor allem aber des Zentrums daran feilhalten wollen, daß die Auswahl des Präsidenten nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nach den Gesetzen parlamentarischer Konvention erfolgen muß.

Es wurde behauptet, daß E. B. es ablehnen würde, mit einem nationalsozialistischen Abgeordneten gemeinsam zu amtierem. Aber diese Behauptung beruht auf einer Fiktion. Die Sozialdemokraten wollen vielmehr das Recht der nächstältesten Fraktion anerkennen, wenn ihr die Hälfte, die der härtesten, den Präsidenten zu nominieren, gemäß wird.

Tropfen wird es eine Kampfwahl werden, deren Entscheidung erst in der Stichwahl fallen wird, und bei der die Kommunisten den Ausschlag geben. Wenn diese auch im zweiten Wahlgang nicht für E. B. stimmen, dann ist es wahrscheinlich, daß E. B. unterliegt und Dr. Scholz den Präsidentenstuhl einnimmt. Das ist eine solche Kampfwahl, die Schwärzestellen im Parlament nur Reueigenen kann, liegt auf der Hand.

Und dann?

Wie ist der parlamentarisch-politische Appetit? Viel hängt natürlich von Form und Inhalt der Regierungserklärung ab. Aber man weiß, daß einige bürgerliche Parteien sich nicht von der schlechten Gewohnheit haben frei machen können, schon vor der Programmklärung sich festzulegen. Ferner erhofft man, daß die Deutsche Volkspartei mit anderen bürgerlichen Gruppen in eine Aussprache eingetreten ist, deren Ergebnis etwas folgendes ist:

Die Deutsche Volkspartei, die Christlich-Sozialen und die Deutsche Bauernpartei sind mit dem heutigen Finanzprogramm des Kabinetts Bedingung einverstanden. Sie wollen aber noch einige Nachfragen stellen.

Das Landvolk, das oben Stelle zum Bericht auf das Ehrenpräsidium im Reichstagsrat ernannt hat, steht mit Augen und den Nationalsozialisten gegen die Regierung.

Die Reichstagspartei macht einen offenen Bekenntnis nach aus und gefüllt sich in der Rolle der Prüfer, die durch Dreifachsprüche von sich gibt.

Die Regierung, die die Notverordnung zum Null inzwischen dem Reichstag zugestellt hat, hat zwei Hindernisse zu nehmen: den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett, die von drei Fraktionen eingebracht sind.

Der augenblickliche Eindruck ist, daß weder von den Notverordnungen noch von den Mißtrauensanträgen gegen das Gesamtkabinett her eine unmittelbare Gefahr droht. Aber die Gegner der Regierung, die weniger auf eine Umwidmung des Kabinetts hinarbeiten, weniger die Reichsregierung als solche als das Parlament feindhaft sehen wollen, planen Mißtrauensanträge gegen einzelne Mitglieder des Kabinetts, um dadurch zum Ziel zu kommen. Diese Anträge werden sich gegen den Reichsinnenminister Dr. Birth und vermutlich auch gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius richten.

Wenn man von Dr. Birth spricht, ist natürlich die republikanische Verfassung gemeint, und wenn man Dr. Curtius nennt, so ist darunter der Streikmann-Akt der Berufsämtergemeint.

Wenn hier der Eindruck gelte würde, dann allerdings wären tragende Fundamente des Regierungsprogramms gefährdet. Das wird nur möglich sein, wenn ein erheblicher Teil der Deutschen Volkspartei an diesem Zerwürfungsweert mitteilt.

Von einem erfolgreichen Bemühen um die Sammlung der bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht völlig nach rechts abgewandert zu gehen. Die Regierung einen Stoß der Mitte zu schaffen, der sich das über die Handlung nicht von den radikalen Rechten vorbringen läßt, sondern es sich selbst geht, ist nicht viel zu merken. Man muß das wissen, um ganz klar zu erkennen, von welcher Höhepunkt Bedeutung die nächsten Tage werden können.

Jetzt ist die Zeit für den Reichstagsrat gekommen über Regierung zu übernehmen. Beweise seiner Festigkeit und Energie zu geben. Die Regierung einen Stoß der Mitte zu schaffen, der sich das über die Handlung nicht von den radikalen Rechten vorbringen läßt, sondern es sich selbst geht, ist nicht viel zu merken. Man muß das wissen, um ganz klar zu erkennen, von welcher Höhepunkt Bedeutung die nächsten Tage werden können.

Neulinge im Reichstag

In der dritten Nachmittagsstunde zeigen sich die ersten Nationalsozialisten in der Brandeshalle. Sie haben das Braunkleid und der schwarzen Kravatte an, das sie meist aber unter einem Jackett oder unter einem normalen bürgerlichen Rock verbergen. Bei den Abgeordneten, die auf den bedeckten Kopf verzichten, sieht man die rote Armbede mit dem schwarzen Hofkreuz auf weißem Grund.

Die fast durchwegs Neulinge im Reichstag sind, in ihrer ersten Antrittung darauf gerichtet, sich stützig zu stellen. Ihren Platz im Sitzungssaal und ihren Tisch im Restaurant aufzusuchen.

Die Aufgabe

von Dr. Peter Reinhold Mitglied des Reichstags

Während diese Zeilen in Druck gehen, erfolgt die Eröffnung des Reichstags. Nach allem, was man über die etwas theatralischen Absichten der radikalen Parteien hört, wird diese Eröffnung vermutlich nicht ohne Wirkung verlaufen. Aber man soll diese Dinge, so unerfreulich sie sind, nicht zu tragisch nehmen: im Grunde beweisen sie nichts anderes, als die leider mangelnde Tradition, um nicht zu sagen die fehlende gute Kinderstube des Reichstags.

Niel bedenklicher wäre es, wenn die Wahl des Präsidiums zu einer politischen Demonstration benutzt würde. Das Nationalsozialisten und Kommunisten das ungeheuerliche Gesetz, einen Vertreter der härtesten Fraktion zum Präsidium zu wählen, nicht adnen werden, wird man hinnehmen müssen. Wenn aber Vertreter der Mitte, um ihre antipolitische Bestimmung in bezuglicher Bedeutung zu zeigen, Herrn Götz die Wiederwahl verweigern, so bedeutet das mehr als einen Schmäh gegen den parlamentarischen Aufbau. Schon deshalb, weil E. B. in seiner ganzen Ausprägung ein vorbildlicher Präsident gewesen ist, der nicht nur fähig eine über den Personen und Fraktionen stehende Unparteilichkeit bewies, sondern auch mit ganz außergewöhnlichem Geschick und feinem Takt die Geschäfte des Reichstags geführt hat. Einem solchen Mann die Stimme verweigern, heißt aus politischen Gründen eine Verhöhnung misshandeln und die menschliche Gerechtigkeit verletzen: Eine solche Methode, die die politische Arbeit bei uns so unerfreulich macht und einen farnersöhnlichen Geist nicht aufkommen läßt, der — wie in England — zur Entgiftung der politischen Atmosphäre so viel beiträgt. Als im nächsten Unterhaus vor wenigen Jahren ein neuer Exeater aus den Reihen der Konservern ernannt wurde, stimmten nicht nur alle Mitglieder der Labourparty geschlossen für ihn, sondern nach seiner Wahl schloß sich das ganze Haus und brachte dem neuen Präsidenten durch die Abstimmung der Irdischmilen Verle: „For he is a jolly good fellow“, jene Ovation, die man jenseits des Kanals einem persönlich geachteten Mann über alle Schranken politischer oder geistlicher Gegenstände hinweg zu bereiten pflegt.

Eine Wiederwahl E. B. würde aber nicht nur die Achtung vor einer Integrität Persönlichkeit und gleichzeitig einen Dank für vorbildliche Ausprägung bedeuten, sondern würde auch dem Willen des Reichstags zeigen, alle Elemente zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, die bereit sind, dem Staat in der Stunde der Not zu geben, was des Staates ist. Ganz Deutschland sieht in diesen Tagen auf den Reichstag. Ganz Deutschland wartet darauf, daß unter der Führung einer harten Regierung das Parlament durch Selbsttätigkeit und Kontinuität die Stellung der Vertrauensfrage ein Ende macht, die seit dem Wahlausfall viele deutsche Menschen mit der Gewalt einer epidemischen Erkrankung überhand gepakt hat.

Die Folgen dieses mangelnden Vertrauens haben ihre schädlichen Wirkungen zu bereits gezeigt: Kapitalflucht, wirtschaftlich unbedingte Demütigung, Verunsicherung deutscher Werte haben die Schwierigkeiten unserer Wirtschaft noch vermehrt. Hier scheint, daß die Distanzierung der Reichstags, so sehr sie als Warnungsgeschehen berechtigt war, die physiologische Situation, aus der heraus die Kapitalflucht erfolgt, nicht beseitigt hat. Aber aus Angst vor einem Umsturz oder aus unüberlegtem Willkür haben in den Fortbestand der deutschen Wirtschaft viele Offizieren zu Geldverleuten verfallen, ein Bankkonto in der Schweiz mit 1 oder 2 Prozent Zinsen der Anlage seines Geldes in nach menschlichen Ermessen abiotil fänden, fettergeinsidigen deutschen Werten, die 10 oder mehr Prozent Zinsen tragen, vorzieht, läßt sich durch eine Verteuerung des Distons von seinem Vorhaben nicht abhalten, während auf der anderen Seite die mit einem Anziehen der Disinflation notwendigweise verbundene neue Beunruhigung des Marktes und die Verteuerung, des